

andere? Nein, das ist nicht zulässig. Denn das Vorliegen der Konfession bedeutet einen Schlag gegen den Imperialismus, einen Schlag gegen keine Nation in China, es bedeutet Freiheit der Versammlung, Freiheit des Streiks, Freiheit der Presse, Freiheit der Organisation für alle revolutionären Elemente in China überhaupt und für die Arbeiter im besonderen.

In China, kämpft die bewaffnete Revolution gegen die bewaffnete Konterrevolution. Darin liegt eine der Eigentümlichkeiten und einer der Vorzüge der chinesischen Revolution. Darin liegt auch die besondere Bedeutung der revolutionären Armee in China. Aber daraus folgt, daß die chinesischen Kommunisten besondere Aufmerksamkeit der Arbeit in der Armee zuwenden müssen.

Erstens müssen die chinesischen Kommunisten mit allen Mitteln die politische Arbeit in der Armee verstärken und erreichen, daß die Armee zum wirtschaftlichen und militärischen Träger der Ideen der chinesischen Revolution wird. Das ist besonders deshalb notwendig, weil jetzt den Konfessionen alle möglichen Generale anschließen, die in die Armee Zersetzung hineintragen.

Zweitens müssen die chinesischen Revolutionäre, darunter auch die Kommunisten, unmittelbar daran gehen, das Militärwesen zu studieren, um allmählich vorzudringen und in der revolutionären Armee die einen oder die anderen leitenden Posten besetzen zu können.

4. Der Charakter der zukünftigen Macht.

Die zukünftige revolutionäre Macht in China wird ihrem Charakter nach ähnlich der Macht sein, von der bei uns im Jahre 1905 gesprochen wurde, d. h. eine Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, mit dem Unterschied jedoch, daß es eine vorwiegend antikolonialistische Macht sein wird. Es wird eine Übergangsmacht sein, zur sozialistischen oder genauer zu einer sozialistischen Entwicklung Chinas. Dieser Entwicklungsweg der Revolution wird durch die zuerst behandelten drei Eigentümlichkeiten der chinesischen Revolution erleichtert.

Der Austritt der chinesischen Kommunisten aus der Kuomintang wäre deshalb der größte Fehler. Der ganze Verlauf der chinesischen Revolution, deren Charakter, deren Perspektiven sprechen unmissverständlich dafür, daß die chinesischen Kommunisten in der Kuomintang verbleiben und dort ihre Arbeit verstärken müssen. Der Verlauf der Revolution in China, ihr Charakter, ihre Perspektiven sprechen berechtigt dafür, daß die chinesische kommunistische Partei an der zukünftigen revolutionären Regierung Chinas teilnehmen muß. Das ist eine der notwendigen Garantien dafür, daß die Hegemonie des chinesischen Proletariats voll und ganz verwirklicht wird.

5. Die Bauernfrage.

Welche Wege haben die chinesischen Revolutionäre einzuschlagen, um die nach vielen Millionen zählende Bauernschaft Chinas für die Revolution zu mobilisieren?

Der erste Weg — das ist der Weg der Bildung von Bauernkomitees und des Einbringens der chinesischen Revolutionäre in diese Komitees, um auf die Bauernschaft einzuwirken. Ich glaube, daß die Bauernbünde sich um die Bauernkomitees gruppieren werden, oder die Bauernbünde werden sich in Bauernkomitees verwandeln, mit diesen oder jenen Machtbefugnissen ausgestattet, die notwendig sind, um die Bauernforderungen durchzusetzen.

Der zweite Weg — das ist der Weg der Einwirkung auf die Bauernschaft durch den Apparat der neuen volkrevolutionären Macht. Es ist unmissverständlich, daß in den neuen befreiten Provinzen eine neue Macht nach dem Muster der Kantoneingliederung entstehen wird. Die Aufgabe der Kommunisten und überhaupt der Revolutionäre in China besteht nun darin, in den Apparat der neuen Macht einzubringen, diesen Apparat den Bauernmassen näher zu bringen und den Bauernmassen zu helfen, mit Hilfe dieses Apparates ihre dringlichsten Forderungen zu befriedigen, sei es durch die Herabsetzung der Steuern und des Pachtzinses — sei es nach den Umständen.

Der dritte Weg besteht in der Einwirkung auf die Bauernschaft durch die revolutionäre Armee. Von der Hal-

tung der revolutionären Armee, von ihrem Verhalten gegenüber der Bauernschaft und gegenüber den Gutsbesitzern, von ihrer Bereitwilligkeit, den Bauern zu helfen, hängt in erster Linie das Verhalten der Bauernschaft gegenüber der neuen Macht, gegenüber der Kuomintang und überhaupt gegenüber der Revolution in China, ab.

6. Die Hegemonie des Proletariats.

Unter den chinesischen Kommunisten gibt es Genossen, die Forderungen zur Verbesserung ihrer materiellen und rechtlichen Lage für nicht wünschenswert halten und den Arbeitern abgeraten haben, Streiks zu machen. Das ist ein großer Fehler. Das ist eine sehr ernsthafte Unterschätzung der Rolle und des spezifischen Gewichts des Proletariats in China. Ein Proletariat, dessen Führer von den Agenten des Imperialismus bei Streiks geprügelt und mißhandelt werden, kann kein Führer sein. Dieses mittelalterliche Aberglauben muß um jeden Preis zerfallen werden, damit unter den chinesischen Proletariaten das Kampfgefühl gehoben wird, das Gefühl der eigenen Würde, und sie damit für die Hegemonie in der Revolution befähigt werden.

7. Die Jugend.

Die Jugend hat jetzt in China erstklassige Bedeutung. Die studierende Jugend (revolutionäre Studenten), die Arbeiterjugend, die Bauernjugend — das alles ist eine solche Kraft, die die Revolution mit Riesenschritten nach vorwärts drängen könnte, wenn man die Jugend unter den ideologischen und den politischen Einfluß der Kuomintang bringen. Es muß im Auge behalten werden, daß niemand die imperialistische Bedrückung so tiefgehend und lebendig durchlebt, niemand so hart und schmerzhaft die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bedrückung empfindet, wie die Jugend in China.

8. Einige Schlussfolgerungen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die chinesische kommunistische Partei sich jetzt nicht auf die Forderung nach Aufhebung der ungleichen Verträge beschränken kann. Es ist offenbar, daß die chinesische kommunistische Partei weitergehen muß: Man muß die Frage der Nationalisierung der Eisenbahnen, der Nationalisierung der wichtigsten Fabriken, der Nationalisierung jener Unternehmen, deren Besitzer sich durch besondere Feindseligkeit und besondere Aggressivität gegenüber dem chinesischen Volk auszeichnen, stellen. Man muß ferner die Bauernfrage vorwärts bringen, indem man sie mit der Perspektive der Revolution in China verbindet. Ich glaube, daß die Sache auf die Nationalisierung des Grund und Bodens angelegt werden muß.

Alles übrige versteht sich von selbst.

Das ist die Antwort: Gummitüppel!

(Eig. Draht.) Stettin, 21. Dezember.

Gestern demonstrierten in Stettin 3-4000 Erwerbslose vor dem Rathaus, wo gerade die Stadterordnetenversammlung tagte, in der die Vertreter der Erwerbslosen die Forderung nach Zahlung einer Wechselschuld anstellten. Alle Erwerbslosen wurden abgeführt. Vier Stunden lang standen die Demonstranten in Sturm und Regen. Nach Schluß der Versammlung trieb die Polizei sie auseinander, Schlag mit Gummitüppeln in die Reihen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Die Schuhindustriellen überrennen aus

(Eig. Draht.) Leipzig, 21. Dezember.

Die Weichenfelder Schuhindustriellen haben bereits 3600 Schuharbeiter angeheuert. Sie haben also nicht die angelegte Frist innegehalten. Nur einige der Unternehmer haben sich mit einer geringen Lohnherabsetzung einverstanden erklärt. Die Forderungen der Arbeiter, einzelne Arbeiter als Streikbrecher zu bezeichnen, sind überall geäußert. Die Schuharbeiter stehen geschlossen im Kampf. Auch die Belegschaft des deutschen Hauschuharbeiter-Verbandes und des Ver-

bandes der Holzschuh- und Holzspanntellerarbeiter haben sich zum Streik bereit erklärt. Das bedeutet die Ausperrung weiterer 2000 Schuharbeiter.

bandes der Holzschuh- und Holzspanntellerarbeiter haben sich zum Streik bereit erklärt. Das bedeutet die Ausperrung weiterer 2000 Schuharbeiter.

Milbe — Ihre politische Attentäter

Hamburg, 21. Dezember. (Eig. Draht.) Die Sprengstoffattentäter gegen die „Hamburger Volkszeitung“ und die Wohnung des Genossen Thälmann, die zu Zuchthaus verurteilt waren, wurden vom Hamburger Senat zu Festung begnadigt.

Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet

Saarbrücken, 21. Dezember. (Eig. Draht.) Der Streik der Eisenbahner geht weiter. Auch die Eisenbahner von Neunkirchen haben sich dem Streik angeschlossen.

Lochnerhöhung in Ost-Oberpfalen

Rattowitz, 21. Dez. (Eig. Draht.) Unter dem Vorbehalt des De-mobilisierungskommissars fällt die Schlichterkammer in Rattowitz einen Spruch, wonach ab 1. Dezember die Löhne im Bergbau um 8, in der Eisenindustrie um 5 und in der Zinkindustrie um 6 Prozent erhöht werden. Das Abkommen kam am 1. und 15. jedes Monats geltend gemacht werden.

US-Amerika baut zehn neue Kreuzer!

(Eig. Draht.) Berlin, 21. Dezember.

Wie aus Washington gemeldet wird, ließ der amerikanische Präsident Coolidge erklären, daß er der Vorlage für den Bau von zehn Kreuzern sympathisch gegenüberstehe. Die Kreuzerungen Coolidges werden in Amerika als „Warnung an das Ausland“ aufgefaßt.

Kraffins „großes Vermögen“

Er hinterläßt angeblich 400 Millionen Mark.

Vor einigen Tagen wurde uns aus den Kreisen unserer Leser eine Nummer der bekannten französischen nationalistischen Zeitschrift „Matin“ vom 29. November zur Verfügung gestellt. Der Leitartikel trägt die Überschrift: „Im Sowjetparadies“. Dort wird folgendes gesagt:

„Der ausgezeichnete Genosse Kraffin hat bei seinem Hinscheiden Güter hinterlassen, die nach englischen Meldungen 400 Millionen Franc erreichen. Kraffin beweist damit, daß der Bolschewismus die Kunst ist, anderen den Geschmack am privaten Vermögen zu verderben, und dabei sich selbst welches zu verschaffen.“

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch die Schmutzfinken in den letzten Redaktionsheften diesen bläßblumigen Schwindel übernehmen. Jeder Proletarier und jeder denkende Mensch aber weiß, daß die Mitglieder der kommunistischen Partei der Sowjet-Union kein Vermögen erwerben dürfen. Sie bekommen ein Einheitsgehalt, von dem nichts übrig bleibt werden kann. Auch die sogenannten „Nepote“, das sind diejenigen, die in der Sowjet-Union Klein- und Mittelbetriebe in ihrem Besitz haben, dürfen ebenfalls nur ein beschränktes Kapital zur Führung ihres Betriebes haben.

Aber wie kam dieser Schwindel überhaupt zustande? Nun, sehr einfach. Genosse Kraffin war als Beauftragter der Sowjet-Regierung Mitglied der Leitung eines staatlichen Trufts, also eines Unternehmens der Sowjet-Regierung. Dieser Truft hat ein Kapital in der angegebenen Höhe für seine Geschäfte zur Verfügung. Man hat also das Kapital dieses russischen Staatsunternehmens veräußert. Genosse Kraffin als Privatkapitalist angeheuert, hat den Schwindel durch die ganze bürgerliche Presse in alle Welt.

Man will damit wieder einmal vor dem Bolschewismus grinsen und die kommunistische Partei kompromittieren. Aber mit der Zeit zieht auch das nicht mehr. Zu vieler Schaden stumpt auf die Dauer ab!

Kleine politische Nachrichten

Neue Rindungen im Bergbau! — Essen, 21. Dez. Auf der Jette Wolf v. Hanemann, Mengede, wurden am 15. Dezember wegen „Betriebsminderleistung“ und „Wohlmangel“ (?) zum 31. Dezember 22 Bergarbeiter gefällig. Obgleich gerade im Kohlenbergbau ungeheure Ueberschichten verfahren werden, zeigt dies Bestreben, daß die vergrößerte Ausbeutung ihren ungehinderten Raubbau treibt.

Die „Pravda“ zum Granatenbomben. — Riga, 20. Dez. Im Zusammenhang mit den Debatten im Reichstag über die angebliche Zusammenarbeit mit russischen Militärstellen veröffentlicht die „Pravda“ einen Artikel, in dem auf das ausdrückliche darauf hingewiesen wird, daß diese Meldungen aus der Luft gegriffen sind.

Rosa dachte: „Am liebsten würde ich morgen gar nicht wieder hergehen. Ich weiß wirklich nicht, ob ich es lange hier aushalten werde. In diesem Dunst muß man ja verrückt werden.“

*

Am ersten Tage vermodeten Rosas Augen hier nur eine Menge Frauen zu sehen, die schmutzig von der Arbeit, nachlässig gekleidet und unansehnlich waren; deren Neugier aber noch vergrößert wurde, wenn sie einander ansahen, sich geschäftig zeigten und, was Rosa besonders gegen sie aufgebracht hatte, jede Neuankommende mit zudringlicher Neugier musterten. Deshalb hätte Rosa sofort wieder davonlaufen und ausrufen mögen: „Unter dieser Bande mag ich nicht arbeiten!“

Dieser läudliche Eindruck war jedoch, als Rosa näher bekannt wurde mit ihren Kolleginnen, und sie dahinter kam, daß fast jede dieser Frauen besonders schwere Lebensbedingungen zu ertragen hatte; sie fröndeten hier, während ihrer Männer gezwungen waren, im Interesse der bestehenden Klasse die Gefahren und Lasten des Krieges zu ertragen. Nach und nach kam Rosa mit den verschiedensten Kolleginnen ins Gespräch. Wenn sie ihre kurzen, einfachen und harten Lebensgeschichten erzählten und Rosa ihnen dabei ins Gesicht sah, hatte es keine großen Flüge und abstoßende Härte verloren, war in der bisher fremden und schmerzhaft unheimlichen Frau der unterdrückte und gequälte Mensch zu erkennen. Rosa fand, wenn die andere erzählte, in deren schmucklosen Worten ihre eigenen Schicksale verkümmert wieder und begegnete in den Klagen der anderen ihre eigenen Enttäuschungen. Das führte zu der Einsicht, selbst in geheimstem Denken und in heimlichen Tüpfeln nicht so vereinzelt dazustehen, wie es Rosa sich bisher glaubend gemacht hatte. Was bisher von ihr und so vielen Menschen ihrer Umgebung geheimnisvoll und rätselhaft als Schicksal bezeichnet wurde, das setzte sich letzten Endes ganz einfach aus den Lebensbedingungen zusammen, die der arbeitenden Klasse von ihren Ausbeutern diktiert wurden.

Da arbeitete ganz in der Nähe Rosas eine Frau, deren Mann gleich in den ersten Wochen des Krieges gefallen war, und nun außer sich selbst drei Kinder und eine alte Mutter zu ernähren hatte. Die Rentz, die ihr der Staat für den Verlust ihres Ernährers zahlte, reichte gerade zur Miete und noch für einige Kleinigkeiten. Es war, wie sie selbst sagte, zum Leben zu wenig und zum Verdunnen zu viel. Eine Wiederbeschäftigung kam, nachdem zu diese Männer fielen, und sie nicht mehr zu den jungen und bevorzugten Frauen gehörte, kaum in Betracht, und so sah sie sich gezwungen, den ganzen ferneren Leben hindurch fronen zu müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Rosa Bergers Wandlung

Der Roman einer Entwicklung / Von Otto Müller Olda

59.

Rosa gab ihm die Papiere und sagte, als er sie durchschah: „Der kann gut reden vom Durchhalten, er sitzt hier und verdient sicher reiches Geld. Wenn es aus dem ankommt, kann der Krieg noch zehn Jahre gehen. Er sieht jedenfalls nicht aus, als ob es ihm schlecht ginge.“

Sie betrachtete ihren zünftigen Arbeitshut.

Er mochte ungeachtet fünfzig Jahre alt sein, war ziemlich dick und hatte ein großes, fettes Gesicht mit Hängeohren und einem Anlauf von Kröpfen, der beim Sprechen wie eine Wurst unter dem Kinn hervortrat. Seine Lippen waren fleischig, als seien sie aufgezogen und der vielen Worte für sinnlose Demut. Die Augenbrauen waren überaus stark entwickelt und gaben dem Gesicht einen wilden Anstrich. Zu beiden Seiten der großen Nase lief je eine tiefe Faltz bis auf die Oberlippe herunter, die dem Gesicht einen ordinären Zug verliehen. Nur die kleinen beweglichen Pupillen seiner tiefliegenden Augen sprachen von einer gewissen Gültigkeit.

Er gab Rosa die Papiere zurück und sagte: „Ja, junge Frau, ich tue es wirklich zu Ihnen zurecht, wenn ich Sie einstelle, denn wenn ich sage, fangen Sie morgen früh an, dann weiß ich, was Sie arbeiten, das machen die anderen weniger, weil eine der anderen im Wege steht. Aber ich habe Sie mit heraufgenommen und Ihnen Hoffnung gemacht und nun kam ich Sie nicht gut wieder so heimlich. Ich weiß, Sie wollen auch leben, junge Frau, und ich bin ein Mensch, der nicht so sein kann. Kommen Sie nur morgen früh, es hört ja auch wieder mal eine auf oder wird mal eine krank; die Hauptfrage ist, daß Sie sich Mühe geben, fleißig sind und gute Arbeit liefern, dann können Sie morgen früh anfangen.“

Am nächsten Morgen ging Rosa zur Arbeit. Sie kam in einen kleinen Saal, der allem Anschein nach früher als Buchstabenwerkstatt gedient hatte; denn die Firma Wäpfer und Schöne war aus einer Buchbinderei hervorgegangen und erst durch Kriegsanforderung zu einem Fabrikbetrieb erweitert worden. Hier standen eine Menge Frauen und Mädchen, damit beschäftigt, lange Streifen gelbes Papierses aneinander zu kleben. Es wurden große Ballons hergestellt, die von der Zerstreuung in Lufttrag gegeben und anschließend dazu verwendet werden sollten, vor den Aufstiegen der Flieger die Windstärke zu messen. Diese Ballons bestanden aus gelbem pergamentartigen

Papier, das zur Erhöhung seiner Haltbarkeit geölt und auf der einen Seite mit Gaze beklebt war. Sie hatten eine Höhe von sechs Metern und in der Breite einen Durchmesser von zweieinhalb Metern. Um die Wölbung herauszubekommen, mußten für jeden Ballon oval zugeschnittene Papierstreifen zusammengeklebt werden.

Rosa wurde einem kleinen verarmten Mann vorgestellt, der mit dem Zuschneiden des Papiers beschäftigt war und beiläufig als Arbeiter fungierte. Er führte sie an eine kurze Tafel, die in einer Ecke des Saales stand und bisher zum Ablegen von Papierstücken gedient hatte. Dann holte er aus der Mitte der Beschäftigten zwei Frauen heraus und erklärte ihnen, daß sie an dieser Tafel mit Rosa zusammen als selbständige Kolonnen zu arbeiten hätten. Der Einspruch dieser Frauen, die Tafel sei viel zu kurz, half nichts. Der Arbeiter erklärte kategorisch: „Es muß gehen, leßt, wie ihr euch behelft.“ Die Frauen räunten murrend und schimpfend die Tafel ab und probierten hin und her. Schließlich wußten sie sich zu helfen. Sie klebten erst eine Hälfte der Streifen und ließen die andere von der Tafel herunterhängen. Das führte allerdings zu Streitigkeiten mit den Kolleginnen, denen der Durchgang versperrt wurde. Da sie aber bei dem Vorarbeiter kein Geför fanden, mußten sie sich mit dieser neuen Belegung abfinden.

Rosa fühlte sich sehr bedrückt, arbeiten zu sollen, wo erst gestritten werden mußte um das bloße Raum, wo sie stehen und sich bei der Arbeit bewegen konnte. Es verstimmt sie auch, umgeben zu sein von so vielen Menschen, die ihr alle noch fremd waren, sich keinesfalls freundlich zeigten, offenbar verblüht und reichbar waren und jede Neueingestellte belächelnd begrüßten, weil durch sie die Lage der anderen sich nur noch verschlechterte.

Noch dazu empfand Rosa die Luft, in der hier gearbeitet wurde, als ziemlich unerträglich. Die Fenster dienten nur während der kurzen Arbeitspausen geöffnet werden, und eine andere Ventilation fehlte, obwohl das gelbe Papier einen widerwärtigen Geruch verbreitete. Zudem war der Raum überhitzt, weil das Papier angeblich nur bei dieser Temperatur klebte. Ueberdies arbeiteten in diesem Raum, der für ziemlich Personen angemessen gewesen wäre, annähernd sechzig Frauen und Mädchen. Man brauchte sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterinnen hektischer und hektischer waren, die hier täglich zehn Stunden ausarbeiten mußten.

Am ersten Tage hielt sie es für fast unmöglich, daß diese hier arbeiten sollten. Sie ließ sich einmal Tage in dieser Atmosphäre ausbleiben und Monate hindurch sogar noch Ueberstunden geleistet hatten,

Friehe oder Hoelz?

Von Artur Dombrowski (s. 31. Seite).

Durch das Geständnis des Bergmanns Erich Friehe, der behauptet, die 1884er Schüsse auf den Gutsherrn Hef abzugeben zu haben, ist das Beweisen, was die „Stellische Arbeiter-Zeitung“ seit Jahren behauptet hat: Hoelz ist nicht nur an der Erschießung des erwähnten Gutsbesizers unbeteiligt, sondern er hatte alles getan, um die unglückselige Schießerei zu verhindern.

Selbst der überwiegende Teil der bürgerlichen Presse ist heute genötigt, diesen Tatsachen, so unangenehm sie auch für die Klassenjustiz sind, Rechnung zu tragen.

Schuldtteil? Fragen die bürgerlichen Blätter: Nicht Fehlurteil, sondern Justizmord muß unsere Antwort lauten. Wer die Anklageschrift und das Urteil liest, dem strotzt aus jeder Seite die gefährliche Tendenz und die Absicht entgegen, den Fall Hef zur Verneinung des gefährlichen Klassenfeindes Hoelz zu benutzen.

Der Reichsanwaltschaftsrat Jaeger wagte es, in der Anklageschrift zu behaupten: „Der Zeuge Uebe, der aber in der Nähe des Schauplatzes war und dem Vorfall aus eigener Erinnerung von fünfzig Meter beobachtet hat, hat bezeugt, daß der Angeklagte mit einer Pistole auf Hef zweimal geschossen hat und hat bemerkt, wie Hef infolge der Schüsse des Angeklagten zusammengebrochen ist. Da gegen die Zuverlässigkeit der Angaben des U. keine Bedenken getreten sind, so muß (!) angenommen werden, daß der Tod des Hef die Folge der Schüsse des Angeklagten und seiner Leute gewesen ist, da Hef die sämtlichen Schüsse in den Rücken erhalten hat.“

so handelt es sich, da eine Affekthandlung gar nicht in Frage steht, um einen wohlüberlegten, heimtückischen Mord.

Man begreife die unerhörte Infamie des letzten Satzes, der den laßeren, sich zu allen seinen Taten offen bekennenden Führer des mitteldeutschen Aufstandes zum Muechelmörder stempelt. Und das angesichts der Tatsache, daß die Vorgänge auf dem Gutshofe sich mit blühartiger Schnelligkeit abspielten, was ein Schulbeispiel für eine zum Mordhandlung sind, bei der die Beteiligten unpaßlich und ohne Vorlauf handelten. Als der Zeuge Uebe kürzlich vor dem Verteidiger von Hoelz, Rechtsanwalt Dr. Apfel in Berlin, gestanden wurde, in welcher Zeitpanne die Erschießung des Hef vor sich ging, antwortete er:

Es war wie die Szene eines Films.

Die objektivste Behörde der Welt konstruierte dagegen einen „wohlüberlegten, heimtückischen Mord!“

Nicht ganz so plump arbeiteten die Sonderrichter. Zu widerspruchsvoll waren dem doch die Aussagen der Kronzeugen, allzu kümmerlich war das Beweismaterial, und zu stümperhaft war vorgearbeitet worden. Max Hoelz wurde daher nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags in Tateinheit mit Hochverrat zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Für den Fall Hef aber wurden laut mündlicher Begründung des Urteils allein fünfzehn Jahre Zuchthaus festgelegt. Im erster und letzter Instanz lebenslänglich eingesperrt! Der Fall Hef war der Nagel zum Sarge.

*

Wie kam die Wahrheit ans Licht?

Nach dem Geständnis Friehe's inspektori in den Wandlungen des Reichstages einige Sozialdemokratische Führer: „Schießung! Neuer Kampf der KPD. Bekannter Zeuge!“ — „Was macht ihr Herren! Ihr irrt, wenn ihr glaubt, daß der Mann, der den Hef erschossen hat, erst 1926 sich zu seiner Tat bekannte. Bereits im Juli 1921 fiel das erste Licht in die dunkle Angelegenheit.“

Wenige Wochen nach der Verurteilung von Hoelz fand in Halle vor dem Außerordentlichen Gericht eine Verhandlung gegen einige Genossen (Kasmarzel und Genossen) statt. Die Anklage war erhoben wegen Landfriedensbruch und Beteiligung an der Erschießung des Gutsbesizers Hef.

In diesem Prozeß wurden gegen die Angeklagten hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt, u. a. erhielt der Arbeiter Willi Günther aus Gröbers bei Halle siebenjährige Zuchthaus, weil er angeblich zwei Gewehrschüsse auf Hef abgegeben haben sollte. Die von der Verteidigung beantragte Zeugenladung von Hoelz wurde abgelehnt. Die Feststellung der Wahrheit im Gerichtssaal wurde damit die Herren Sonderrichter verweigert. Und trotzdem wurde die Wahrheit über den Fall Hef in jenem Prozeß geboren. Nicht im Gerichtssaal, sondern — welche Ironie des „Schicksals“ — in der Ausnahmezelle des Gerichtsgefängnisses in Halle.

Durch einen Irrtum eines geplagten Wachmeisters kamen Angeklagte, Entlastungs- und Belastungszeugen in eine gemeinsame Zelle. Erst später wurde der Irrtum bemerkt.

Die einsigen Kampfgesährten, getrennt durch Gefängniszellen, erkannten sich wieder. Auch der Bergmann Erich Friehe war in jener Zelle, als er alte Kampfgesährten wieder traf. Einem Genossen vertraute er sich an und gestand schluchzend: „Ich bin derjenige, der die Schüsse auf Hef abgegeben. Hoelz ist unschuldig, er sitzt für mich. Jetzt soll auch Günther noch dran glauben. Das ertrage ich nicht, ich melde mich zum Geständnis.“

„Mensch, halt bloß das Maul“, riefen die Genossen. „Den Mord lassen sie doch nicht raus, der hat lebenslänglich, aber die gibt es an den Kragen.“ Friehe nahm deshalb von dem brabbeligen Geständnis Abstand. Zu einem Kameraden aber sagte er noch: „Ich hab' die Wüste von Hef an, wenn sie mich bloß nicht erkennen.“

Zu den Arbeitern, die jenes Geständnis von Friehe hörten, schickte auch Walter Uebe, der Kronzeuge des Sonderrichters.

Der Widerruf Uebe's.

Jahre verstrichen. Uebe war unter Bewährungsfrist aus dem Gefängnis entlassen. Nachdem ihm nach jener Unterredung in der Ausnahmezelle kein juristischer Irrtum offenkundig wurde, ließ ihm sein Gewissen keine Ruhe mehr. Zwei Jahre lang lebte er einsam ohne Grund, war nervös und menschlichen. Endlich verstaute er sich einem älteren Freunde an und gestand:

Hoelz ist unschuldig, ich lenkte den Mann, der den Hef erschossen hat. So brach sich die Wahrheit Bahn. Ein Redakteur der „Stellischen Arbeiter-Zeitung“ — jetzt Chefredakteur der „Stellischen Arbeiter-Zeitung“ — protokollierte die Aussagen Uebe's und stellte den Namen des wirklichen Täters — Erich Friehe — fest. Und Hoelz wäre längst auf freiem Fuß, wenn er selbst nicht immer wieder geordert hätte: Nach dem Täter soll nicht geforscht werden. Uebe dagegen wollte sein Gewissen endlich entlasten. Er verlangte energisch, daß die Verteidigung von Hoelz von seinem Widerruf Gebrauch mache. Nun mußte trotz des Wunsches von Hoelz, den Täter zu schonen, gehandelt werden. Ein anderer Redakteur der „Stellischen Arbeiter-Zeitung“ ermittelte den Aufenthaltsort des Friehe, der in Buchheim-Harzburg wohnte, und stellte ihn Uebe gegenüber. Friehe leugnete keinen Moment, er bekannte sich mützig zu seiner Tat und erklärte sich bereit, alle Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Wer ist Friehe?

Erich Friehe ist 23 Jahre alt, verheiratet, Sohn eines Bergmannes und ist selbst Bergmann von Beruf. Als Teilnehmer der Hoelz-Gruppe erhielt er wegen Landfriedensbruch einjährig sechs Monate, der Staatsanwalt hatte dreieinhalb Jahre Zuchthaus beantragt. Nach Friehe ist kein Totschläger oder Mörder. Als er in höchster Erregung die ersten Schüsse auf Hef abgab, glaubte er in Notwehr zu handeln. Hef war als Karpist bekannt, und Dorfbesitzer hatten dem Friehe und anderen Hoelz-Bardisten gesagt, daß Hef Sipps holen wolle. Einen Tag vorher war Friehe von Sipps gefangen genommen und in der barbarischsten Weise mißhandelt worden. Durch einen Zufall wurde er befreit. Er wollte nicht ein zweites Mal in die Hände der weißen Peiniger fallen, deshalb schloß er — der damals knapp 18-jährige — auf den Mann, der die Sipps holen wollte. Vielleicht wird man fragen:

Warum hat sich Friehe nicht eher zu seiner Tat bekannt?

Zu seiner Ehre muß hier gesagt werden: Nicht nur in der Ausnahmezelle des Gefängnisses in Halle, sondern auch später hat sich Friehe wiederholt Freunden gegenüber zu seiner Tat bekannt. Und alle geben ihm in ihrer juristischen Hilflosigkeit den Rat: „Halt's Maul, der Hoelz kommt doch nicht raus!“

Friehe oder Hoelz?

Soll Hoelz aus dem Zuchthaus heraus und Friehe dafür

hinweg? Die Frage ist hier nicht, wer der Täter ist, sondern

Nicht Friehe oder Hoelz, sondern

Hoelz plus Friehe plus Uebe plus ...

(Der im Zuchthaus 1884 verurteilte gegen die deutsche Klassenjustiz.)

So steht die Frage

Hoelz muß tot sein aus dem Zuchthaus heraus und Friehe darf nicht hinein. Denn er hat im Affekt und in Notwehr gehandelt.

Wie steht es mit dem Wiederaufnahmeverfahren?

Im November 1924 hat Frau Alice Hef gegenüber dem verehrten Rechtsanwalt Kusowski in Breslau zu Protokoll erklärt, sie zweifle heute daran, daß Hoelz ihren Mann erschossen habe. Sie werde für eine Begnadigung des Hoelz aber erst dann eintreten, wenn der wirkliche Täter gefunden sei.

Der „wirkliche Täter“ hat gefunden.

Was wird Frau Hef nun bekunden?

Der einflussige Kronzeuge Walter Uebe, auf den sich Staatsanwalt und Sonderrichter stützten, bekennend, einer verhängnisvollen Personennachweisung zum Opfer gefallen zu sein.

Die Verteidigung stützt sich nicht nur auf den Widerruf der Frau Hef, das Geständnis des Täters, das Bekenntnis des Uebe, sondern auch auf eine Anzahl bisher nicht vernommener Zeugen, welche die Vorgänge im Gutshofe von Anfang bis Ende beobachtet haben. Vor circa 10 Tagen hat die Verteidigung beantragt, die Wiederaufnahme des Verfahrens von amtswegen.

In der bürgerlichen Presse ist es still geworden. Auch das Gerücht in den Wandelgängen des Reichstages wird aufhören, wenn die Zeugen vernommen werden.

Die Verteidigung hat Berge von Beweismaterial und stützt sich auf Zeugen, die von der Staatsanwaltschaft und den Sonderrichtern das Präzibat „Zuverlässig“ erhielten.

Wird Hoelz nun freigelassen — wird das Wiederaufnahmeverfahren beschleunigt in Gang gebracht werden?

Nun, der Staatsgerichtshof und Herr Liebner haben darüber zu entscheiden. Das laßt alles.

Soll Hoelz befreit, soll ein schamloser Justizmord vor den Augen der gesamten Öffentlichkeit gebrandmarkt werden, dann muß die Aktivität der deutschen Arbeiterklasse in den nächsten Wochen stärker sein als die

Niedertracht der deutschen Klassenjustiz!

Dann muß millionenfach der Ruf erklingen:

Heraus mit Max Hoelz!

Hier mit der Generalamnestie für alle politischen Gefangenen!

Ausschluß der Maslowgruppe bestätigt!

„Diese Leute stehen auf der anderen Seite der Barrikade.“

(Fig. Draht.) Moskau, 16. Dezember.

In der Schlussitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale berichtete Genosse Kasinen über die Arbeit der Kommission für den Fall Maslow-Fischer. Er führte aus:

Die Aufgabe der Kommission war keine angenehme. Wir sollten die Verurteilung der aus der deutschen Partei ausgeschlossenen und das vorliegende Material untersuchen. Die Kommission hat diese Leute viele Stunden lang verhört. Alle Rechte, die sie kollektiv beanspruchen konnten, wurden ihnen erteilt. Die Kommission ist natürlich kein Schiedsgericht gewesen, das etwa zwischen der KPD und der Maslow-Fraktion zu entscheiden hatte. Wir hatten auf Grund des Verfahrens zu prüfen, ob die Kommunisten sind oder Antikommunisten, ob der Ausschluß endgültig zu bekräftigen ist. Damit waren sie nicht zufrieden und sie haben sich bei dem Genossen Kadel beschwert (Heiterkeit).

Auf die Frage, wie die Opposition überhaupt entstanden ist, sagte Urchans: „Von Tode der Erscheinung des Offenen Briefes an trat eine Kursänderung mit dem Ziel des Ausschlusses von Ruth Fischer und Maslow ein.“

In Wirklichkeit verhielt es sich natürlich folgendermaßen: Unter der Führung Ruth Fishers hat die Parteiführung nicht nur linke Schwärmer gemacht, sondern auch rechte Schwärmer, so daß wir oft eingekreuzten gezwungen waren. Wir haben eingekreuzt, um die elementarste Parteidemokratie durchzuführen. Ein Mann, als diese Leute die Partei fast zugrunde richteten, machte die Exekutive im vollen Einverständnis mit der Mehrheit des ZK durch den Offenen Brief eingekreuzt.

Maslow, der Kapellmeister, sollte es hätte vorhergesagt, unter dem Schutz der deutschen Polizei seine weiteren Anklagen gegen die Komintern auszusprechen, auch seine Politik vor dem ZK zu verteidigen. Bekanntlich hat sich Maslow schon einmal wegen eines, eines Kommunisten ungebührlichen Verhaltens gegenüber der Berliner Polizei vor der Internationalen Kontrollkommission zu verantworten. Sein böses Gewissen hat ihm wohl gesagt, daß man ihm das zweifeln nicht verzeihen würde. Er hat wohl also Urchans, eine vollständige Entlassung zu fordern.

Wir sagten den Leuten selbstverständlich, daß die Internationale Kontrollkommission ja bloß moralische Mittel besitzt. Diese antworteten darauf: „Wir haben kein Vertrauen zur Sowjetregierung.“ Solche „Kommunisten“ wagen es also, gegen den Ausschluß zu appellieren!

Wir haben diesen Leuten in der Kommission eine große Anzahl von Fragen gestellt. Ihre Antworten darauf bewiesen, daß sie nichts mehr mit dem Kommunismus zu tun haben.

Frage: Erkennen Sie an, daß jeder Kommunist verpflichtet ist, sich vor der KPD zu verantworten?

Antwort: Ja, im normalen Zustand des Parteilebens, aber für Maslow gilt dies nicht.

Frage: Erkennen Sie die Gültigkeit und die Verbindlichkeit des Beschlusses des ZK über ihre Angelegenheit an, wie er auch ausfällt?

Ruth Fischer: Wir sind bereit, jede Aktion der Partei zu unterstützen und mitzumachen, wir werden aber unsere politische Auffassung nicht ändern.

Die Antwort auf die Frage ist weder ja noch nein. Es ist die gleiche Diplomatie, die schon das letzte Erweiterte ZK festgestellt hat.

Frage: Erkennen Sie die KPD als eine kommunistische Partei im reinen Sinne?

Ruth Fischer: Wir sind der Meinung, daß die jetzige Führung vom Leninismus abweicht.

Frage: Erkennen Sie die Unzulässigkeit und Schädlichkeit der Fraktionsarbeit?

Ruth Fischer: Wir sind Gegner jeder Fraktionsarbeit (Heiterkeit), auch der der Mehrheit.

Frage: Erkennen Sie an, daß die Idee des Ausschlusses der Komintern und ihrer eigenen Verhandlungen Fraktionsarbeit gewesen haben?

Ruth Fischer: Wir lehnen diese Frage ab. Warum können diese Leute nicht die vollständige Tatsache zugestehen,

daß sie Fraktionsarbeit leisten? Das ist wieder das heuchlerische Doppelspiel!

Frage: Sind Sie bereit, sich allen Beschlüssen der KPD zu fügen?

Ruth Fischer: Natürlich (Heiterkeit).

Sokolow: Unser Hauptfeind ist jetzt selbstverständlich nicht Korich, sondern das ZK.

Und die gleichen Leute erklären dann, daß sie sich „natürlich“ allen Beschlüssen der KPD unterwerfen. Gibt es eine noch niederträchtigere Heuchelei und Doppelspiel als dies?

Frage: Erkennen Sie an, daß ein Gegensatz zwischen der Sowjetunion als einem Staat der proletarischen Diktatur und der Politik der Komintern besteht?

Ruth Fischer: Wir stehen in dieser Frage auf dem Standpunkt der reinen Opposition.

Frage: Erkennen Sie an, daß die Gegenüberstellung der Interessen des Sowjetstaates den Prinzipien des Kommunismus nicht widerspricht?

Ruth Fischer: Natürlich (Heiterkeit).

Sie verübt ihre Hehe gegen die Sowjetunion damit zu maschieren, daß sie erklärt, sie kämpfe bloß gegen die gegenwärtige Sowjetregierung. (!)

Frage: Erkennen Sie an, daß der Standpunkt von Korich konterrevolutionär ist?

Antwort: Diese Frage ist sehr schwer (Heiterkeit). Sein Standpunkt ist reformistisch und liquidatorisch, aber nicht konterrevolutionär. Wir halten den Ausschluß von Korich nicht für richtig. (!)

Frage: In welcher Verbindung stehen Sie zu Korich?

Urchans: Wir waren zusammen Mitglieder der KPD. (Heiterkeit). Nach dem Ausschluß stehen wir in keinerlei organisatorischer Verbindung.

Ruth Fischer: Auch nicht in politischer Verbindung. Ruth Fischer gibt zu, daß Verhandlungen geführt wurden, und daß auch weiter die Verhandlungen im Gange sind, aber solche Verhandlungen seien keine Verbindung (Heiterkeit).

Frage: Erkennen Sie an, daß jeder Abgeordnete auf Befehl der Partei sein Parlamentsmandat niederzulegen hat?

Urchans: Zur Zeit wird mir nicht mehr Mitglieder der KPD, daher sind wir nicht mehr dazu verpflichtet.

Ruth Fischer (korrigiert): Selbstverständlich ist jeder Kommunist dazu verpflichtet, aber... (Heiterkeit).

Man sieht deutlich das infame Doppelspiel. Wenn einmal Urchans hier antwortet, sofort kommt Ruth Fischer und heuchelt. Die Kommissionsverhandlungen haben die Möglichkeit dessen bewiesen, was Genosse Sinowjew auf der letzten Erweiterten Exekutive gesagt hat: Man muß unterscheiden zwischen den feindlichen und gegenwärtigen Ultralinien. Im Jahre 1920 waren es ehrliche Elemente, die zu uns kamen, heute sind es Leute, die bald jenseits der Barrikade stehen werden.

Die Kommission hat festgestellt: Diese Leute stehen auf der anderen Seite der Barrikade. Unsere Kommission verurteilt die ultralinien Arbeiter der KPD mit voller Überzeugung davon, daß diese Leute völlig unwirksam sind, Mitglieder einer kommunistischen Partei zu sein. Sie verdienen nicht das Vertrauen auch nur eines einzigen revolutionären Arbeiters, und sie haben dieses Vertrauen auch nicht.

Noch eine letzte Tatsache, die den moralischen Zustand dieser Leute zeigt. Am Ende des Verfahrens haben sie gesagt, der Ausschluß der KPD sei ein Verstoß gegen die Prinzipien des Kommunismus.

Diese moralisch tiefschendenden Elemente wagen es, gegen den Ausschluß zu appellieren! Die Komintern hat sich durch ihren Ausschluß von einem bösen Schwärmer befreit. Wir wollen den ultralinien Arbeiter in der KPD, sagen: die Komintern, die Komintern, hat entschieden: der Ausschluß ist endgültig. (Langer Pfiff.)

Aus Betrieb und Werkstatt

BWB-Bezirkskonferenz in Waldenburg

Einmütige Kündigung der Lohnordnung — Hoffmann und Schmidt gegen Verbreiterung der Kampfbasis — Anträge der Mitglieder wandern in den Papierkorb — SPD-Delegierte gegen die Lügen der B.Z.

b. Am 19. Dezember fand in Ober-Waldenburg die Bezirkskonferenz Waldenburg des Bergarbeiterverbandes statt. Die Betriebsräte des Bergbaues nahmen daran teil. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaues, 2. Stellungnahme zur Lohnfrage, und 3. Verschiedenes. Bekanntlich löste der Abschluß des sogenannten freiwilligen Abkommens am 6. Oktober einen Enttäuschungssturm unter der Mitgliedschaft aus, da das Abkommen nur für die Schichtlöhne eine geringe Lohnaufbesserung brachte, trotzdem aber die BWB-Bezirksleitung ihm ohne Befragen der Bezirkskonferenz zustimmte und somit gegen § 25, Abs. 8, des Verbandsstatutes verstieß. In vielen Zahlstellen wurde deshalb der Bezirksleitung das Vertrauen abgesprochen und die

sofortige Einberufung einer Bezirkskonferenz

gefordert. Erst am 19. Dezember — also nach reichlich zwei Monaten — kam die Bezirksleitung den Anträgen der Mitgliedschaft nach. Da sie sich bedrückt fühlte, setzte sie das Referat von der Tagesordnung ab und ließ Hoffmann statt eines Referats eine Verteidigungsrede halten. Schmidt vom Hauptvorstand unterstützte ihn in der Diskussion. Wir wollen nur die sachlichen Momente aus ihren Ausführungen herausgreifen:

Hoffmann behauptete noch einmal, daß am 6. Oktober die Gewerkschaftsführer sich in einer Zwangslage befunden hätten und deshalb zustimmen mußten. Das Abkommen wäre ein zureichender Erfolg. Im übrigen verurteilte Hoffmann — erfolglos — die Funktionäre gegen die „Arbeiter-Zeitung“ aufzuheben. Natürlich unterließ er wohlweislich, irgendwelche Mittel aus der „A.-Z.“ zu zitieren. Hätte er das getan, so würden die Funktionäre begreifen, daß

die „A.-Z.“ nicht heilt, sondern scharf und sachlich Stellung zu allen die Arbeiterklasse interessierenden Fragen nimmt.

Schmidt wies auf die Schreibweise des „Rühr-Schloß“ und des „Kampfers“ hin. Auch er zitierte nicht die „Arbeiter-Zeitung“, weil er weiß, daß die Waldenburger Funktionäre die auswärtigen kommunistischen Zeitungen nicht lesen und somit keine Gelegenheit hätten, seine Behauptungen auf ihre Wahrheit nachzuprüfen. Zu der Frage des Reichslohntarifs und Berechtigung der Kämpfe sagte Schmidt: man brauche durch Revierverträge und durch Revierämter mehr erzielen, als durch die Zukunftsplanung der Lohnbewegung. Da der Erfolg nur von der Bereitschaft der Gewerkschaftsangehörigen, die die Verhandlungen führen, abhängt. Die geringen Erfolge bei den Lohnverhandlungen und bei der Unterstützung der englischen Kameraden führte er auf das Verhalten der Mitglieder zurück. Die Bezirksleitung Waldenburg hätte dem freiwilligen Abkommen mit guter Willigkeit zugestimmt. Im übrigen behauptete Hoffmann, die Einführung der Mitgliedschaft hätte nicht sofort nach dem 6. Oktober eingeleitet, sondern erst einige Zeit später „auf Befehl der Kommunisten“. Schmidt behauptete, daß der Genosse Richard Schulz im Landtag für Subventionen für die Waldenburger Grubenbesitzer eingetreten sei. In Wirklichkeit habe die kommunistische Fraktion die Subventionen ab und die sozialdemokratische befürwortet.

In der Diskussion sprach als erster der Kamerad Müller: Er fordert die Vereinfachung der Kämpfe, die Schaffung eines Reichslohntarifs und die Aufnahme des Kampfes für die Sieben- bzw. Achteinstundenarbeit. Dann geht er auf die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung ein und empfiehlt Annahme der unten abgedruckten Entschließung zur wirtschaftlichen Lage. Als zweiter spricht der Kamerad Ulrich: Er begründet die von dem Betriebsrat der Viktorgrube ausgearbeitete Lohnordnung und fordert, mit der Kündigung der Lohnordnung die Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens zu verbinden. Die Forderung der Waldenburger Bergarbeiter muß lauten:

90 Prozent der Ruhrlohne und Siebenstundenschieft.

Ulrich stellt fest, daß die Bezirksleitung dem Antrag des Betriebsrates der Viktorgrube nicht nachgegeben sei. Etwa 14 Tage vor der Revierkonferenz sandte der Betriebsrat der Viktorgrube an die Bezirksleitung den Entwurf einer neuen Lohnordnung und beantragte, diese zu veröffentlichen und wie den einzelnen Zahlstellen, so auch den einzelnen Revierkonferenzdelegierten auszuhändigen. Gleichzeitig beantragte er, daß das Göttesberger Kampfprogramm als Tagesordnungspunkt auf der Revierkonferenz behandelt werden sollte. Beides hat die Bezirksleitung unterlassen. Die praktischen Vorschläge der BWB-Funktionäre, die geeignet sind, den Kampf um mehr Lohn zu erleichtern, wirt die Bezirksleitung einfach in den Papierkorb. Ebenfalls mit Schweigen beantwortete die Bezirksleitung die Änderungsanträge zum Manifest, die die Betriebsräte der Viktorgrube für den Fall seiner Kündigung eingereicht hatten.

Die Zahlstellenleiter in M.-Räsig (SPD), erklärt ausdrücklich, daß in M.-Räsig und Langwäldersdorf es Sozialdemokraten und nicht Kommunisten waren, die die Manifestanträge kesten. Damit ist die Behauptung der Bezirksleitung, daß die Entschließung der Mitgliedschaft eine Sache der Kommunisten sei, widerlegt. Dite fordert eine andere Kampfplakette.

Kritischer spricht für den Misstrauensantrag und schließt das Verhältnis zwischen der Bezirksleitung und dem Betriebsrat der Fürstentümer Gruben, der sich in der Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammensetzt. Marx (SPD) spricht gegen die Hungerlohnordnung und greift sehr scharf die Parlamentarier an. Gläsel lehnt die Schuld nicht auf die Führung, sondern auf die Mitgliedschaft. Hanke (SPD)

weiter gegen die Weichheitspolitik an die höheren Beamten und behauptet, die Abgeordneten hätten kein Interesse an der Lage der Waldenburger Bergarbeiter. Schmidt spricht über die geplante weitere Rationalisierung des Waldenburger Kohlenreviers. 5000 Mann sollen zur Entlassung kommen. Die Ueberarbeitszeit soll stillgelegt werden. Die Rationalisierung gebe den Bergarbeitern Aussicht auf höhere Löhne. Die Sozialdemokraten seien mit der Entlassung der Bergarbeiter einverstanden, falls der Staat für ihren Unterhalt Sorge trägt. Als letzter Diskussionsredner spricht Kamerad Honisch. Insbesondere betont er, daß es nicht die „Arbeiter-Zeitung“, sondern die „Bergwacht“ war, die durch ihre Schreibweise den kämpfenden Bergarbeitern, insbesondere den englischen, in den Rücken fiel. Seine Ausführungen hinterlassen einen nachhaltigen Eindruck. In dem Schlußwort stellt Hoffmann die Behauptung auf, daß in der Betriebsräteauswahl, die kurz nach dem 6. Oktober stattgefunden hatte, kein Betriebsrat gegen das freiwillige Abkommen Einwendungen erhoben hätte. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß in der fraglichen Sitzung die Kameraden Ulrich (KPD), Müller (KPD), Hanke (SPD) und eine Reihe weiterer Kameraden Kritik an dem Abkommen geübt hatten. Noch einmal polemisiert er gegen den Reichslohntarif und behauptet, der Erfolg der Lohnverhandlungen hänge ausschließlich von der guten Routine der Gewerkschaftsangehörigen ab.

Nach dem Schlußwort werden die Abstimmungen vorgenommen. Zu der Vertrauensfrage liegen zwei Entschließungen vor. Bei der ersten Abstimmung stimmen für die Entschließung der Bezirksleitung 13 Kameraden. Die Abstimmung wird angezweifelt. Dabei stellt sich heraus, daß infolge der fehlenden Vertretungen die Konferenzleitung nicht weiß, wieviel stimmberedigte Delegierte anwesend sind. Nach dem Verbandsstatut sind bei der Vertrauensfrage nur die Zahlstellendelegierten stimmberechtigt. Die zweite Abstimmung ergibt gegen 17 Stimmen Annahme der Vertrauensentschließung.

In dem ersten Abzug der Entschließung wird gegen die geringe Berücksichtigung der Notlage der Waldenburger Bergarbeiter durch die Unternehmer und Schlichter sowie gegen die den Berechtigungen zuwiderlaufende Durchführung des Lohnabkommens protestiert. Hierzu sei bemerkt, daß es eine Mißverständnisse ist, auf die Schuld der Unternehmer und Schlichter zu warten. Was die Bezirksleitung mit der dem Betribsrat vorgelegten „Ueberarbeitszeitabkommen“ meint, ist unverständlich. Bekanntlich haben die Unternehmer in den letzten Monaten nicht überarbeitszeitliche Löhne gezahlt — trotzdem bleiben es Hungerlöhne. In dem zweiten Abzug wendet sie sich gegen die Schreibweise der kommunistischen Presse. Als Begründung werden zwei Zitate, sondern nur das bekannte Bild „Lohnstag für Hoffmann“ angeführt. Das Bild zeigt, wie Hoffmann für sein Betragen bei den letzten Lohnverhandlungen durch einen großen Bertrammschießel aus dem Verbandsschuss getrieben wird. Nachdem der einstimmige Beschluß auf Kündigung des von Hoffmann abgehandelten Lohnabkommens vorliegt, kann ohne jegliche Ueberzeugung gesagt werden, daß

das Bild die Meinung der Mitgliedschaft durchaus zutreffend wiedergibt.

Am der Opposition vorzukommen, bringt die Bezirksleitung eine Entschließung zur Kündigung der Lohnordnung mit der Forderung an „Anfang der tariflichen Höhe an die tariflich verdienten und um Erhöhung der Reallohnrate um 15 Prozent ein. Die Opposition fordert in einer Entschließung gleichzeitige Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens und 90 Prozent der Ruhrlohne. Die Kündigung der Lohnordnung wird einstimmig beschlossen. Die Forderungen der Opposition werden mit einer gewissen Mehrheit abgelehnt. Ueber die Entschließung zur Kampfplakette läßt die Konferenzleitung einstimmig abstimmen. Nach Erledigung einiger minder wichtiger Angelegenheiten wird die Konferenz geschlossen. Die von der Opposition eingebrachten Entschließungen lauteten:

Zur wirtschaftlichen Lage

Die Lage in allen Betrieben Deutschlands wird durch die Folgen der fortschreitenden Rationalisierung charakterisiert. Die kapitalistische Rationalisierung bedeutet: Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnkürzung, verschärftes Antreibersystem, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit. Dagegen muß der schärfste Kampf organisiert und geführt werden für die Forderungen: Auskömmliche Löhne, Acht- bzw. Siebenstundentag, Abschaffung des Antreibersystems, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Zur erfolgreichen Durchführung der Kämpfe ist notwendig:

1. Inermüdbare Werbung zum Eintritt in den Verband.
2. Schluß machen mit jeder offenen oder versteckten Arbeitsgemeinschaftsopposition. Keine Rücksichtnahme auf das Allgemeinwohl, sondern nur auf das Wohl der Arbeiterklasse!
3. Aktive Politik bei Kämpfen um mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen!
4. Vereinfachung der Kämpfe. Nicht für einzelne Berufe, getrennt nach Revieren, verhandeln, sondern für jeden Beruf im Reichsmassstabe unter Anbahnung an die Kämpfe der anderen Berufe!

Die Bezirksleitung hat im Verlauf der letzten Lohnverhandlungen gezeigt, daß sie nicht fähig und nicht gewillt ist, einen Kampf so vorzubereiten und zu führen, wie es zum siegreichen Abschluß derselben notwendig ist. Deshalb genügt die Bezirksleitung nicht das Vertrauen der Bezirkskonferenz.

Zur Kampfplakette

Die Revierkonferenz erkennt die Notwendigkeit an, für die in dem Göttesberger Kampfprogramm aufgestellten Forderungen den Kampf aufzunehmen. Gleichzeitig vertritt sie die Ansicht, daß diese Forderungen nur auf dem Wege erlangt

werden können, den die Göttesberger Kameraden in ihrem Kampfprogramm vorschlagen. Die Forderungen lauten:

1. Einführung der Siebenstundenschieft unter Tage und der Achteinstundenschieft über Tage in allen Steinkohlenbezirken.
2. Beseitigung der Aftord- und Bdingearbeit sowie der Ueberstunden, Ueber-, Neben- und Doppelschichten.
3. Erhöhung der Löhne; Festsetzung eines Minimallohnes für alle Bergbetriebe.
4. Vierwöchentlicher Urlaub bei voller Bezahlung für die Untertagearbeiter und für die Zugendlichen bis zu 18 Jahren. Drei Wochen Urlaub für die Ueberarbeiter.
5. Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Entlassung und Einstellung von Arbeitern. Weisungsrechte, Mitwirkung der Betriebsräte bei Lohn- und Tarifabschlüssen.

Zur Erläuterung dieser Forderungen ist notwendig: Der Hauptvorstand muß die Arbeiterparteien im Reichs- und Landtag anfordern, bei der Beratung und Abstimmung über das Arbeitszeitgesetz für folgende Forderungen einzutreten:

1. Geseftliche Festlegung der Siebenstundenschieft unter Tage und der Achteinstundenschieft über Tage. Geseftliches Verbot jeglicher Ueber-, Neben- und Doppelschichten unter Tage. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn Menschenleben in Gefahr sind.
2. Geseftliche Erweiterungen der Rechte der Betriebsräte.
3. Verhinderung von Betriebsstillegungen und Einstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.
4. Weisungsrecht der Bergarbeiter gegen Unfallgefahr. Einführung von unabhängigen durch die Arbeiter zu wählenden Sicherheitsleuten.
5. Weisungsrecht der sozialen Rechte der Bergarbeiter, insbesondere: a) Festlegung einer auskömmlichen Pension für alle Bergarbeiter bei Erreichung des 45. Lebensjahres und 25jähriger Tätigkeit unter Tage; b) Gewährung eines Krankengeldes bei Krankheit oder Unfall bis zur vollen Höhe des Durchschnittslohnes; c) Gewährung einer Witwen- und Waisenpension für Hinterbliebene von verunglückten oder verstorbenen Bergarbeitern in Höhe des Durchschnittslohnes derselben.
6. Ueberführung des Bergbaues in Staatsbesitz ohne Entschädigung.

Da anzunehmen ist, daß die Parlamente die oben bezeichneten Forderungen ablehnen werden, ist der Kampf für ihre Durchsetzung sofort vorzubereiten. Es ist notwendig:

1. Die Lohnordnungen und die Ueberarbeitszeitabkommen in allen Bergbaurevieren gleichzeitig zu kündigen.
2. Den Kampf unter Ablehnung jeglicher Entschuldigungsverzögerungen im Reichsmassstabe zu organisieren und zu führen.
3. Die neu abzuschließenden Abkommen müssen eine Reichslohnordnung und ein Reichsmanteltarif sein.

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, die Entwürfe der Reichstaxen zu machen und sie bis spätestens Januar den Zahlstellen zuzustellen. Spätestens im Februar müssen die Revierkonferenzen in allen Revieren dazu Stellung genommen haben. Spätestens am 1. Mai ist der Großkampf der deutschen Bergarbeiter zu eröffnen.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, schon jetzt mit den Franzosen und Metallarbeitern in Föhung zu treten und ihre Unterstützung für den kommenden Kampf zu gewinnen.

Zur Lohnfrage

Die Revierkonferenz beschließt, die bestehende Lohnordnung zum 31. Dezember 1926 zu kündigen und in Lohnverhandlungen einzutreten mit Forderungen, die 90 Prozent des Ruhrlohnes des Ruhrgebietes entsprechen. Ohne Verteilung des Reviers muß unter allen Umständen verhindert werden. Die Bezirksleitung wird beauftragt, der neuen Lohnordnung keinesfalls ohne Befragen der Revierkonferenz zuzustimmen. Bei den Verhandlungen sind die Grubenbesitzer zur Annahme der von dem Betriebsrat der Viktorgrube ausgearbeiteten Lohnordnung zu zwingen. Diese Lohnordnung steht für die Bdingearbeiter 8,95 Mark und als Durchschnittsbauerlohn 7,58 Mark vor. Gleichzeitig mit der Lohnordnung ist auch das Ueberarbeitszeitabkommen zu kündigen.

*

Die auf der Bezirkskonferenz gefassten Beschlüsse sind ein voller Erfolg der Opposition.

Ihre wichtigste Forderung auf sofortige Kündigung des Lohnabkommens wurde einstimmig akzeptiert. Die weitergehende Forderung auf 90 Prozent der Ruhrlohne und Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens wurde mit nur einer kleinen Mehrheit abgelehnt. Die Abstimmung über die Kampfplakette verstand die Konferenzleitung zu unterstützen. Unzweifelhaft würde sich die Mehrheit der Delegierten für die oppositionellen Vorschläge aussprechen. Bei der Beurteilung ist zu berücksichtigen, daß an der Konferenz nicht die neugewählten, sondern noch die Delegierten aus dem Vorjahr abgeordnet haben. Auf Grund der bereits vorliegenden Wahlergebnisse in den Zahlstellen ist auf der nächsten Revierkonferenz mit einer weiteren Zunahme des oppositionellen Einflusses zu rechnen.

Kameraden, lest aufmerksam die von der Opposition gemachten Vorschläge! Dann werdet ihr zu der Einsicht kommen, daß diese Vorschläge durchaus geeignet waren, die Schlagkraft eurer Organisation zu steigern.

Sitzung des Breslauer Kreistages

Am Sonnabend trat im Diensthause des Breslauer Landratsamtes der Kreistag zusammen. Erbat Dr. Bachmann gab am Anfang der Sitzung Bericht von den Arbeiten der Kreisverwaltung. Eine wichtige Vorlage der Tagesordnung war die Uebernahme der Gas- und Wasserversorgung der Breslauer Vororte durch die Stadt Breslau. Nachdem eine Reihe von Differenzen zwischen Stadt und Kreis aus dem Wege geschafft sind, hatte man sich nunmehr in einem Vertrage endgültig geeinigt. Der Halbjahresabschluß endete mit einer Mehrausgabe von 50 000 Mark. Bei der weiteren Tagesordnung kamen auch die Hochwasserarbeiten zur Sprache. Der Schaden im Breslauer Landkreise, den die diesjährigen Hochwasserwellen angerichtet hatten, beläuft sich auf 1,5 Millionen Mark. Die Stellung dieser Schäden war vollkommen ungenügend. Erschwerend ist die Tatsache, daß den Bauern mit Sicherheit auch für die nächsten Jahre derartige Ueberflutungsstürze bevorstehen. Die Wasserläufe sind in einer unzulässigen Verfassung. Der Bericht über die Sparfrage des Landkreises stellt ein Anwachsen der Sparumlagen fest. Gegenwärtig ist ein Sparbestand von 4,5 Millionen Mark vorhanden. Eine Reihe neuer Steuerordnungen kam darauf zur Annahme. Gellagt wurde über die vielen Schanzerlaubnis-Erteilungen und gewünscht, nur dort, wo die Schanzerlaubnis als Haupterwerb in Frage kommt, dieselbe zu erteilen. Eine längere Diskussion entfaltete die gegen die vorgeschlagenen Wahlen. An Stelle des durch die besagten Vorfälle aus Amt und Würden des fürberühmten sozialdemokratischen Amtsvorstehers der vereinigten Amtsbezirke Klettendorf-Domschau, Srowig, wurde einstimmig der Sozialdemokrat August Klementer gewählt. Größere Auseinandersetzungen gab es bei der Wahl des Amtsvorstehers von Schwowitz. Der bisherige Inhaber war Demokrat. Als Nachfolger schlugen die vereinigten Bürgerlichen den demokratischen Lehrer Kude vor, während die Sozialdemokraten einen eigenen Kandidaten aufstellten. Mit 16 zu 13 Stimmen wurde der bürgerliche Kandidat gewählt, worauf die Sitzung ihr Ende erreicht hatte.

Die Bevölkerung nimmt weiter zu. Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Oktober 1926 auf 561 894 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende November 1926 nach der Fortschreibung (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugewogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgezogen werden) des Städtischen Statistischen Amtes 583 300. Geborene wurden 679, Gestorbene 596 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 83. Die Zahl der Zugewogenen belief sich auf 4906, die der Fortgezogenen auf 3583, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 1323 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß an Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende Oktober 1926 um 1408 Köpfe.

Raubüberfall und verurteiltes Sittlichkeitsverbrechen. Einer einundzwanzigjährigen Rentierin wurde vom Städtischen Arbeitsnachweis eine Stellung bei einer angesehenen Textilfirma Sternhänge 3 nachgewiesen, die die Anforderung fernmündlich gestellt hatte. Vor dem Grundriß erwartete ein junger Mann das Mädchen, der sich als Sohn des Firmeneinhabers ausgab. Unter der Vorpiegelung, den Vater zu suchen, der angeblich auf Hauptplätzen zu tun hätte, schleppte der junge Mann das Mädchen zuerst mit der Straßenbahn Linie 2 vom Ring nach dem Südpark, von dort auf Umwegen an der Umgehungsbahn nach dem Gräblicher Kommunalfriedhof und weiter nach den Lohewiesen. Hier, dicht an der Bahn, verurteilte er sie zu vergewaltigen. Das Mädchen ließ sich kräftig zur Wehr und schrie laut um Hilfe. Daraufhin wurde dem Mädchen ein Stoß, daß es in die Lohse fiel, raubte der Täter ihr das Geld und ließ sie auf dem Boden fallen. Handtasche ein kleines Portemonnaie mit etwa 4,60 Mark Inhalt, und ergiff die Flucht. Das Mädchen, das sich aus dem Wasser herausarbeitete, wurde in Richtung Gräblicher zu. Der Täter wird wie folgt beschreiben: Alter etwa 26-28 Jahre, 1,64 bis 1,66 Meter groß.

Verkehrsvorortverkehr. Das Verkehrsamt der Stadt Breslau hat im Anlaß der Feiertage machen wir nochmals auf den verbilligten Vorortverkehr, der für die Umgegend von Breslau eingerichtet ist, aufmerksam. Es werden Fahrpläne (beliebig hin und zurück) mit Ermäßigung von 20 Prozent, gültig für zwei Monate ausgeben, nach und von Breslau von den Stationen: Obernig, Deutsch-Willa, Sacrau, Trebnitz, Stöhlneritz, Poldau, Raitern, Ohlau, Tschornitz, Woißhau, Klettendorf, Jochen, Conth und weiter von den neuerdings für diesen billigen Vorortverkehr zugelassenen Stationen: Briesg, Malisch, Neumarkt, Strehlen, Ströbel, Dohmerfurt. Wir bitten, von den Fahrpläneinbänden möglichst rege Gebrauch zu machen, damit die Einrichtung des verbilligten Vorortverkehrs bestehen bleibt und weiter in der von uns beantragten Weise — größere Verbilligung, größere Geltungsdauer der Karten, Uebertragung auch auf Familienmitglieder, Ausgabe der Fahrpläneinbände auch in Breslau — ausgebaut wird.

Wochenbericht der Polizei. In der Woche vom 13. bis 18. Dezember wurden 104 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen: Einbruchdiebstahl neun, einfachem Diebstahl 14, Betrug sieben, Unterschlagung drei, Gewerbsunzucht zehn, Taschendiebstahl drei, fahrlässige Gewichte drei, Fahradiebstahl zwei, Betteln sechs, Arbeitszettel 14, Mordverdacht zwei, Widerstand sechs, grobem Unfug eine, Körperverletzung zwei, Sittlichkeitsverbrechen zwei, Sittlichkeitsverbrechen fünf, Obdachlosigkeit vier, Schusswunde sieben, Beleidigung eine.

Selbstmord eines Kranken. Im Grundstück Hippelstraße 35 erschoss sich am Sonnabend der verheiratete 62jährige Landwirt Johann Gannik. Der Grund zur Tat dürfte in schwerer Krankheit zu suchen sein.

Fürstlicher Tod. Am Sonnabend stürzte der 52jährige Straßenhändler Johann Rath hinter seinem Stande auf dem Königsplatz plötzlich tot zusammen. Der hinzugezogene Arzt stellte Herzschlag fest.

Gewinne abgeholt. Eine Reihe von Gewinnen der Winterhilfs-Lotterie sind noch nicht abgeholt. Dies hat am Mittwoch, den 22. Dezember, in der Zeit von 6-8 Uhr, im Büro der R. S., Rathaus 7, zu geschehen. Bis zu diesem Termin nicht abgeholt Gewinne verfallen zugunsten der Winterhilfe der R. S.

Kino

Promenadentheater. Nju. In dem dieswöchentlichen Programm läuft im Promenadentheater neben einem harmlosen amerikanischen Lustspiel eine Spitze in der deutschen Filmkunst: „Nju“. Was diesen Film so über den Durchschnitt hervorragen läßt, ist nicht sein Inhalt (der die Aufzählung einer Ehe schilbert), sondern das Schauspielereisen, das diesen Film trägt. Drei der hervorragendsten Künstler Deutschlands haben sich hier zusammengesunden: Elisabeth Bergner, Conrad Veidt, Emil Jannings. Diese drei Namen strahlen eine solche Anziehungskraft aus, daß die Kritik schweigen muß. Den Arbeitern empfehlen wir, sich lieber bürgerliche Filme mit ersten Künstlern anzusehen, als den üblichen stumpfsinnigen Kinofilme.

Abkündigung. Als letztes Programm des Programms steht die Filmbearbeitung eines Lustspiels des bekannten französischen Lustspielautors Moliere, dessen Stoffgebiet besonders Grotesk sind. Auch der Film gibt etwas von dem Witz, dem Temperament und der eleganten Weltlichkeit des Pariser Schwanks wieder. Daneben läuft noch ein Buster-Keaton-Film, der leider nicht zu den besten Produktionen Buster Keatons gehört. Im allgemeinen ein Programm, das wir empfehlen können.

Weltbühne. Don Quixote! Cervantes berühmter Roman in eine geistreiche Satire auf das absterbende Mittelalter, auf den Feudalismus. Trotzdem die Hauptpersonen von Gut und Böse dargestellt werden, merkt man an dem Interesse der Zuschauer, daß der Film nicht in den Rhythmus unserer Zeit hineingehört. Die heutigen Don Quixotes, die Brüllböden, Rastner und Genossen, die vorgeben, gegen den bösen Alten Kapitalismus zu kämpfen, und dabei nur gegen Windmühlenspäne kämpfen, sind keine romantischen Figuren mehr. Der Don Quixote, sondern geistliche Weltmeister, die bei all ihren Feindesgeboten, in ein Abenteuerium, der zur verurteilten Strafe des Herrn Dr. Kitz gewählt wurde.

Wir wollen nicht erzählen von einer kleinen Frau, die belandete, deren zur Wehrschreitend sich mit ihren Geleiten und Kleinen hielten den Esen leht und da Märchen von Teufeln und Verbrechen, von Mordern und Dieben erzählt. Wir wollen uns heute mit einer Märchentante beschäftigen, deren Erzählungen weit gefährlicher sind, als die legendären Ugrohütter, da sie es wagen, einen Menschen aufzuleben. Selbst wenn wir annehmen, daß sie zwar angehört, aber nicht geglaubt werden, ist es doch gut, daß man diese geisternde Däme wieder einmal in ihrer ganzen Gefährlichkeit sieht.

Die Märchentante, die wir meinen, sind die „Neuesten Nachrichten“. Sie wagen es, in ihrer geliebten Ausgabe über Sowjetrußland zu schreiben. Dasselbe Blatt, das den Lügenberichten eines aus Rußland neuworfenden Verbrechens wie Pappoff, seine Spalten weit und lang öffnete, das aber von deutschen Arbeiterdelegationen, ihren Einträgen und Berichten über Sowjetrußland, nichts zu sagen wußte, schreibt neuerdings über die für jeden Menschen sehr interessante Frage:

Wie man in Moskau wohnt!

Wir sagten, eine Behandlung dieser Frage wäre sehr interessant. Für den Arbeiter deswegen, weil sie zeigt, was proletarische Wohnungspolitik für ihn Gutes gebracht hat; und für den Bourgeois aus einem weniger angenehmen Grunde. Allerdings kommt es auch hier, wie bei allen Berichten, auf Objektivität an. Daß die in den Spalten der „Neuesten“ nicht zu finden ist, dürfte ja einem großen Teil der Arbeitererschaft schon bekannt sein. Um so bedauerlicher sind jene, die immer noch nicht erkannt haben, wie unendlich schmutzig sie sich machen, wenn sie dieses Blatt in ihre Finger nehmen.

Vor kurzem schrieb irgendein Berliner bürgerlicher Schmod aus Sensationsbedürfnis etwas über Breslau. Aus Sensationsbedürfnis nahm es eine „ernste“ Berliner Tageszeitung auf. Jener Ströbent schloßerte darin auch einige Tatsachen aus dem Breslauer Wohnungselend. Obwohl man die Wichtigkeit dieses Punktes des Berichtes nicht ableiten konnte, erhalt sich doch im ganzen Breslauer Blätterwald ein furchtbar-angewidenes Geruch. Man protestierte mit allen Phrasen gegen die Wahrheit. Man wollte nicht zugeben, daß Breslau im deutschen Wohnungselend eine leuchtendste Rolle spielt. Gekoren nun kommt man mit „Enthaltungen“ über das Moskau, „Wohnungselend“. Es würde bedeuten, dem jämmerlichen Ströbent, der sich Harri v. Hafferberg nennt, zuviel Ehre anzutun, wollte man sich ernsthaft und ausführlich mit seiner Schmiererei befassen. Einige Stellen nur sollen beweisen, was Welches Kind dieser arbeitslose Federhalterlöffel ist und aus welchen Quellen er „geschöpft“ hat.

Wie alle berufsmäßigen Lügner, gibt er sich den Anschein, als wäre er selbst in Moskau gewesen. Es ist wohl unmöglich, darauf hinzuweisen, wie vorsichtig man gerade den bürgerlichen Preßkulis, die derartige behaupten, gegenüber treten muß. Es heißt in dem Artikel: „Ja, für den „friedlichen Bürger“ sind diese Provingenossen schlummer als die Pest; denn an ihre unelastische Selbstherrlichkeit in der Provinz gewöhnt, scheuen sie weder erlaubte noch unerlaubte Mittel, um Wohnungen, die ihnen gefallen, nötigenfalls gewalttätig zu „läubern“, und so mancher Moskauer Bürger muß es sich gefallen lassen, ohne viel Umstände, Hals über Kopf, innerhalb weniger Stunden „ausgehobelt“ zu werden. Dagegen helfen dann natürlich keine Befehle und keine an das kommunistische Wohnungsamt gerichteten Gesuche. ... Die Sowjetregierung „kämpft“ allerdings dauernd gegen die überhandnehmende Wohnungsnot. Aber sie kämpft dauernd — vergebens und, wie es scheint, hat sie gar nicht den Willen, energisch und im gebührenden Maße dagegen einzuschreiten: im Moskauer Wohnungsamt ist es noch immer üblich, große Bestechungsgelder für die Zuweisung einer Wohnung zu nehmen und zu geben.“

Nur einige Sätze zur sachlichen Entgegnung: Moskau, die Stadt, die sich immer mehr zum Mittelpunkt von Rättrußland herabildet, ist natürlich mit ihren großen Industriemerkern ein Anziehungspunkt für die Landbevölkerung. Der Prozentfuß der Zuziehenden ist ein sehr großer. Die Schwierigkeiten der Wohnungsbeschaffung sind ungeheuer. Und so kommt es, daß tatsächlich in Moskau (im Gegensatz zu allen anderen Städten) eine gewisse Wohnungsnot herrscht, was bisher von niemandem abgestritten wurde. Worauf es aber ankommt, ist die Tatsache, daß die von der Sowjetregierung durchgeführten Neubauten diesem Uebel immer mehr zu Liebe gehen. Schon heute sind die Wohnungsverhältnisse des Moskauer Proletariats weit aus bessere als zur Zeit der Zarenherrschaft. Obige Sätze der „N. N.“ sind die-

stert aus dem mahlten daß wenn die Arbeiterkraft, die sich dem Staat selbst aufgerichtet und den Kapitalismus und seine Vertreter geschmettert hat. Worauf dieser Altsberg (ober Hafferberg) hinauswill, zeigt folgender Satz:

„Eine große Anzahl scharfer, ein gutteiliges Moskauer Arbeiter ist schon seit langer Zeit wohnungslos.“ Er ist also meinet, daß die ehemals „gullitischen Bürger“ heute nicht mehr ihre Vorstadtstellung innehaben. Deshalb verurteilt er und — wird dabei unvorsichtig. Er verplappert sich nämlich zu bestlich, wenn er erzählt:

„Die gewaltige Nachfrage nach möblierten Zimmern hatte zur Folge, daß sich eine regelrechte Faust von „Zimmern“ herausgebildet hat. Man findet unter ihnen auch Frauen, oft alte Damen der früheren Moskauer Gentry (Hafferberg), die zerlumpt und heruntergekommen, sich dem Moskauer Proletenleben allmählich mit mehr oder weniger Resignation angepasst haben. In alte und zerlumpte, einig modern und so gar gewesene Kleider gekleidet, kann man sie von den übrigen „Vermittlern“ nur schwer unterscheiden.“

In diesen Sätzen steckt (auch das kann bei Lügner einmal möglich sein), ungewissheit etwas Wahres. Eine Person, die ein der „Gentry“ angehört, sind heute gezwungen, etwas zu tun. Noch offensichtlicher zeigt sich sein Kerger im folgenden Abschnitt:

„Miete zahlt man durchschnittlich den von der Regierung offiziell festgesetzten Preis von 100 bis 150 Rubel im Monat für ein möbliertes Zimmer und dementsprechend mehr für eine Wohnung. Diese Taxe hat jedoch nur für die „vorübergehenden“ Zuzügler Gültigkeit. Der Mietspreis für die Moskauer Bürger ist je nach ihrer sozialen Stellung genau festgelegt. So z. B. zahlen die Arbeiter und kleine Sowjetangehörige (von der ersten bis zur fünften Gehaltsstufe) nur 12 Rubel für je einer Postenrubel des obengenannten Mietspreises. Die gleiche Norm gilt für die vom Staate unterhaltenen Studenten und für die Arbeitslosen.“

Also hier liegt der Saale im Pfeffer. Weil Touristen und sonstige „vorübergehend zuziehenden“ Menschen nicht so billig wohnen, wie die Arbeiter, ist er meinet. Wir sind durchaus der Meinung, daß diejenigen, die sich Rußland mal „begucken wollen“, auch ordentlich bezahlen können. Um nun die Lage dieser „Bedauernswerten“ recht klar zu machen, fügt er vor gleichwohl den Mietspreis, den die Arbeiter bezahlen, hinzu. Und so stellt sich denn heraus, daß diese

nur den neunten Teil der Friedensmiete zu entrichten brauchen. Wenn die Mietspreise nach dem Einkommen eingeteilt sind, findet es Harri offenbar für ungerade. Er weiß doch sicher, daß auch hier in Deutschland eine indirekte Staffelung der Mieten herrscht. Allerdings zahlen die, die am wenigsten verdienen, die verhältnismäßig höchsten Mieten, während das Bourgeoispad in Mietswohnungen haust, deren Zins für sie nicht sichtbar ist. (Vorausgesetzt, daß sie keine Willen haben.)

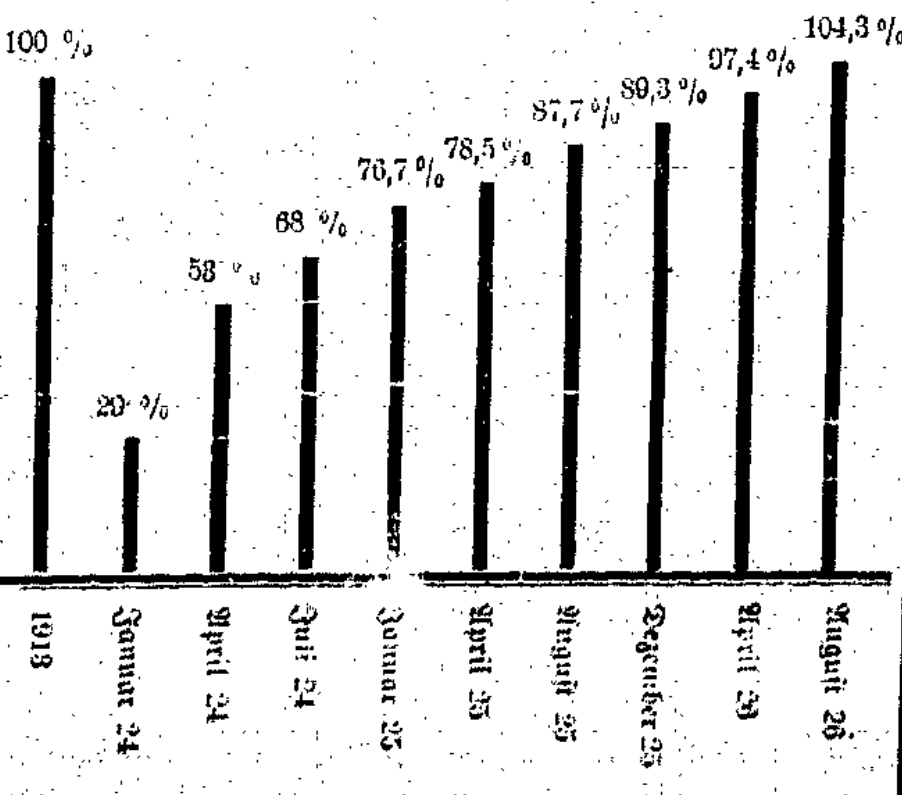
Zum Schluß wird Harri noch diplomatisch. Da fühlt er sich berufen, die finnische Gesandtschaft zu verteidigen. Er tut das mit folgenden Worten:

„Nicht merkwürdige Erfahrungen machte die finnische Gesandtschaft in Moskauer Wohnungsfragen. Die Kanzlei der Botschaft bestand sich — in einem ehemaligen Gemütskeller und bestand nur aus zwei kleinen Zimmern, die zusammen nicht mehr als neun Quadratmeter groß waren. Hier hatten der Botschaftsrat und der Botschaftssekretär zu arbeiten und zu schlafen. Außerdem war nur noch ein kleines Zimmer für sieben Angestellte verfügbar, welches gleichzeitig als Empfangs- und Wohnzimmer benutzt werden mußte. Der finnische Botschafter, der ganz Moskau durchsucht hatte, fand schließlich nur ein einziges Haus, das als Botschaftsgebäude in Frage kommen könnte, aber die Sowjetbehörden verlangten dafür nicht weniger als 600 000 finnische Mark jährliche Miete.“

Herr Harri v. Hafferberg kann beruhigt sein. Wir finden es durchaus in der Ordnung, daß ein kapitalistischer Staat im roten Moskau für seine diplomatische Vertretung nicht die Häuser besetzt bekommt. — Nachdem wir zu diesem Produkt eines Schmierfäulnis Stellung genommen haben, wenden wir uns noch an jene Arbeiter, die heute noch dieses Blatt lesen. Sollte nicht die vorstehend gekennzeichnete Lügehaft allen diesen Arbeitern ein Unbehagen sein, einmal über die Frage ernsthaft nachzudenken, welche Zeitung sie lesen sollen? Wir glauben, die Antwort dürfte nicht schwer fallen. Dies kann nur die „Arbeiter Zeitung“ sein!

Kämpft gegen die Mietsteigerungen!

Steigerung der Miete in den Jahren 1924 bis 1926



Systematisch wird die Öffentlichkeit auf die Steigerung der Mieten vorbereitet. Neuerdings gibt das Preussische Wohlfahrtsministerium der Presse die Information, daß die nächste Steigerung der Miete am 1. April 1927 erfolge. Sie werde mindestens 10 Prozent betragen, könne aber auch höher sein. Ob schon um 30 Prozent gesteigert werde, „kann man jetzt noch nicht sagen“.

Wir veröffentlichen hier die biblische Darstellung der Mietsteigerungen in den letzten drei Jahren in Deutschland. Der Kongreß der Werktätigen hat, wie zu allen anderen Fragen der Vertretung der werktätigen Klassen auch zu dem Mietwucher Stellung genommen und in seinem Beschluß zur Unterstützung des bereits im Sommer

von den Mieterorganisationen eingeleiteten Volkenscheids aufgerufen. Der Kongreß hat für den Kampf gegen den Mietwucher sechs Mindestforderungen aufgestellt, die in ihren wesentlichen Punkten lauten:

- 1. Eine langjährige Begrenzung der Mieten auf höchstens die Höhe der Friedensmiete bei gleichzeitigem Verbot, die so festgesetzte Miete auf Umwegen durch Sondersteuer der Länder und Gemeinden zu überschreiten.
- 2. Sicherstellung der dauernden Instandhaltung aller Mieträume und Hausgrundstücke.
- 3. Ausbau der Mieterkündigungsgesetze zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht.
- 4. Durchführung eines auf 15 Jahre berechneten Wohnungsbauprogramms mit dem Ziele, neben der Befriedigung des laufenden Neubedarfs an Wohnungen den bestehenden Fehlbetrag von rund einer Million Wohnungen durch Neubauten auszugleichen.
- 5. Finanzierung dieses Wohnungsbauprogramms ohne jede neue Sonderbesteuerung der Mieter oder der Allgemeinheit durch Auffassung der Milliardengewinne, die den Hausbesitzern aus dem Aufwertungsbeitrag und den sonstigen Mieterhöhungen zwangsläufig zuwachsen durch Eintragung einer mit 5 v. H. veranschlagten Reichsversicherungs-hypothek auf alle bebauten Grundstücke über 8000 Mark Friedenswert.
- 6. Verwendung des Zinsertrags dieser Reichsversicherungshypotheken zur Sicherstellung von Lehrenten an alte oder erwerbsunfähige Invalidensopfer zur Bewährung von Arbeitsstellen an jugendliche Miete Mieter zwecks Erhaltung ihres Bodenrechtes und zur Erstellung von Wohnwohnungen bis 100 Quadratmeter Wohnfläche durch Reich, Länder und Gemeinden.

Für diese Forderungen gilt es, überall den Kampf zu organisieren!

Sonnenwendfeier

des Jung-Sozialistischen Bundes, Donnerstag, 7.30 Uhr, im „Vogelkeller“, Altes Rathaus. Eintritt 20 Hg. Ander frei. Programm siehe morgige Zeitung.

Wetterbericht

Das Meteorologische Observatorium Klettendorf bei Breslau. Voraussicht für das 19.12.1926 (bis 600 Meter). Stärklicher Westwind, trüb, kalte Gewitter, Nebel, Schneefall, Milder, 3-7°C.

Versammlungskalender

Mittwoch, 22.12.1926, 7 Uhr, „Drei Molot“: Köpfig des Jung-Sozialistischen Bundes. Donnerstag, 23.12.1926, 7 Uhr, „Drei Molot“: Köpfig des Jung-Sozialistischen Bundes. Freitag, 24.12.1926, 7 Uhr, „Drei Molot“: Köpfig des Jung-Sozialistischen Bundes. Samstag, 25.12.1926, 7 Uhr, „Drei Molot“: Köpfig des Jung-Sozialistischen Bundes. Sonntag, 26.12.1926, 7 Uhr, „Drei Molot“: Köpfig des Jung-Sozialistischen Bundes.

Schauburg-Lichtspiele

Alfred Burghard, Jauer Strasse 40, Weiß- und Feinbäckerei

Stammliche Schuhwaren, Jauer Strasse 8

Johann Koschany, Haynauer Straße 8

W. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

G. Bürger, Bäckerei, Jauer Straße 18

Liegnitz

May Futter, Ring 9/10, Kleiderstoffe, Seinen, Baumwollwaren, Putz, Damen-Konfektion, Kurzwaren, Strümpfe, Wollwaren

Gustav Wunderlich, Nikolaistr. 7, A. Lorenz, Mühlstraße 6

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Zentral- und Kammerlichtspiele sind die führenden Lichtspielhäuser

Liegnitzer Boarding-Institut, Paul Jahn, Jauer Str. 20

Rob. Reich u. Wurstwaren, Käufen Sie preiswert bei W. Götsky, Ritterstr. 30

Kolonialwaren, Bruno Fiebig, Jauer Str. 87

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

B. Lohmann, Schuhwaren u. Reparaturen, Jauer Straße 10

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Erhard Kirchner, Kolonialwaren / Glogauer Straße 75

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Heinrich Kramer, Zigarren und Zigaretten, Tabakwaren

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Gustav Hoffmann, Haynauer Straße 89

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

P. Brahl's Ww., Haynauer Str. 14

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Berthold Raschke, Lebensmittelhaus, August Bläsche, Markt 58

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Carl Auten, Burgstr. 66, Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Zigarren

Richard Kugler, Jauer Straße 17, Ph. Grüneberger, Mittelstr. 63

Alfred Koinke, Fleisch- und Wurstwaren, Bunzlauer Straße 64

Rauschhaus, Glogauer Str. 11, Konditorei u. Konditorei, Bernhard Hansel, Wilhelm Str. 11

Kauf nur Stoffe und Futtersachen, Herren- u. Knabenbekleidung bei J. Cohn, Ring 23/24

Friedrich Kempf, Zigarren - Zigaretten - Cabak, Jauer Straße 22

Elise Schäfer, Lindenstraße 1, Brot- u. Weißbäckerei, Otto Rentisch, Franziskanerstraße 7

Arthur Räte, Jauer Straße 51, Deutsche Herren- und Knaben-Moden, Inhaber Louis Kowalski, Goldberger Straße 23

Max Ascher, Glas / Porzellan, Emaille, nur Wirtschafts-Bazar, Kolonialwaren, Kurzwaren, Ernst Warmuth, Bahnhofstraße 1

Kaufhaus Hermann Krause, Zigarrengeschäft, Wilhelm Lehmann, Ring 7

Butter, Obst, Gemüse, Wild und Geflügel, Julius Preuß, Haynauer Straße 9, Bäckerei Max Adam, Ring 6

Robert Wenzel, Schwestern, Arbeiterbekleidung, Ring 18, Weißes Roß, Inhaber: I. A. Engel, Gut gepflegte Biere, Angenehmer Aufenthalt, Vereins- und Fremdenzimmer

Führer, Nähmaschinen, Ersatzteile, Reparaturwerkstatt, Alfred Münch, Bahnhofstraße 7, Kolonialwaren, Eier, Wild u. Geflügel, Arthur Wilske, Bismarckstraße Nr. 1

Willi Scholz, Kolonialwaren, Delikatessen, Glogauer Str., Ecke Bahnhofstr., Jauer, Schuhhaus Niffel, Wilscherstraße 2

Schwestern und Damen-Konfektion, M. Leipziger, Inhaber W. Pohl, Großschänke, Lederfabrik und Anstalt, Königsstraße 11

Spirituosen - Weine - Zigarren, M. Leipziger, Inhaber W. Pohl, Großschänke, Lederfabrik und Anstalt, Königsstraße 11

Engel-Drogerie, Adolf Jockwig, Briegerstr. 25, Arzneimittel, Verbandstoffe, Photo - Artikel, Farben, Marmorierung und Anstalt, Adon Jaworski, Ring 12, Telefon 106

Engel-Drogerie, Adolf Jockwig, Briegerstr. 25, Arzneimittel, Verbandstoffe, Photo - Artikel, Farben, Marmorierung und Anstalt, Adon Jaworski, Ring 12, Telefon 106

Engel-Drogerie, Adolf Jockwig, Briegerstr. 25, Arzneimittel, Verbandstoffe, Photo - Artikel, Farben, Marmorierung und Anstalt, Adon Jaworski, Ring 12, Telefon 106

Engel-Drogerie, Adolf Jockwig, Briegerstr. 25, Arzneimittel, Verbandstoffe, Photo - Artikel, Farben, Marmorierung und Anstalt, Adon Jaworski, Ring 12, Telefon 106

Engel-Drogerie, Adolf Jockwig, Briegerstr. 25, Arzneimittel, Verbandstoffe, Photo - Artikel, Farben, Marmorierung und Anstalt, Adon Jaworski, Ring 12, Telefon 106

Engel-Drogerie, Adolf Jockwig, Briegerstr. 25, Arzneimittel, Verbandstoffe, Photo - Artikel, Farben, Marmorierung und Anstalt, Adon Jaworski, Ring 12, Telefon 106

„Vom Guten das Beste“ Gebr. Wolff's Liköre und Weine

Besonderes Angebot: **Jam.-Rum-Verschnitt** Liter 3.00

25 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Vober-Theater
Freitag, den 17. 12., 8 Uhr
zum letzten Male
Hamlet, Prinz von Dänemark
Sonntag, den 18. 12. bis
Donnerstag, den 23. 12., tägl.
abends 8 Uhr
Cyralra
Sonntag, den 18. 12. und
Sonntag, den 19. 12., 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Zwerg Hase

Thalia-Theater
Von Freitag, 17. 12. bis
Mittwoch, 22. 12., täglich
abends 8 Uhr
Das reißende Camm
Donnerstag, den 23. 12.
Dover-Galals
Sonntag, den 18. 12. und
Sonntag, den 19. 12., 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Der Frochkönig.

Schauplathaus
Operettenbühne
Neue Telefon-Str.
Stephan 36 300
Täglich 8 Uhr
Eduard Künneke
**„Sady
Hamilton“**
Spielplan der
Weihnachts-
feiertage:
Nachmittags:
Sonntag, den 25. Dezember,
nachm. 3 1/2 Uhr
**„Die Förster-
weibel“**
Sonntag,
den 26. Dezember,
nachm. 3 1/2 Uhr
**„Sady
Hamilton“**
Montag,
den 27. Dezember,
nachm. 3 1/2 Uhr
**„Das
Dreimäderl-
haus“**
Abends:
Sonntag, Montag
8 Uhr
Der große
Operettenerfolg
**„Die Zircus-
prinzessin“**

**Stadttheater
Breslau**
Dienstag, abends 8 Uhr
Unter Leitung des Komponisten
Das verlebte Mädchen
Mittwoch, abends 8 Uhr
9. Abonnements-Vorstellung Serie B
Martha
Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr
Mädchenvorstellung zu ermäßigten Preisen
Der Fuchschäfer
Freitag, Gej. offen



Als
**Weihnachtsbraten
Billige Gänse**
Brat-, Mast- und Stopfgänse
Enten, Hühner, Puten
Billige Hasen
Frisch geteilt
Rücken, Keulen, Läufe
Waldkanin, Reh- u. Hirschfleisch
Gellügel- und Wild-Großhandlung
E. Kretschmer
Gegründet 1878 Breslau 1 Fernruf: 2056
Karlst. 44 und Kaiser Wilhelm Straße 3
Telephonische Aufträge sofort per
Auto frei Haus
Prompter Versand nach auswärts

Nach längerem Leiden verstarb am 18. Dezember 1926 der
**Büro-Assistent i. R.
Brandmeister und Fleischbeschauer a. D.
Herr Wilhelm Keller**
Seit 1898 Büroamter hat Herr Keller länger als 20 Jahre der
Gemeinde treu gedient und noch nach seiner am 1. Januar 1920 er-
folgten Versetzung in den Ruhestand die Leitung der Freiwilligen
Feuerwehr mehrere Jahre inne gehabt, bis ihm hohes Alter und
Krankheit zwingen diese ihm lieb gewordene und mit Eifer und
Hingabe ausgeübte erfolgreiche Tätigkeit aufzugeben. Auch als
Fleischbeschauer war Herr Keller über 2 Jahrzehnte hindurch in
gewissenhafter Weise tätig.
Die Gemeinde Weistritz wird ihm für seine treuen Dienste ein
ehrendes Andenken bewahren.
Weistritz, den 20. Dezember 1926
Der Gemeinde-Vorsteher
Herwig

Victoria-
Theater Tel. R. 2297
Täglich 8 1/2 Uhr
Der
**Internationale
Wettstreit**
um das

**Carl Abs
Memorial.**

Wolljerger
Mitt. 90 Pf. 6.3. - Mtt.
Kette 48-60 Pf.
Leinwand Mtt. 35 Pf.
1.20 Mtt. Garn
100 Mtt. 30-70 Pf.
Hefigarn 20 Gram
10 Pf. Schürtenle
100 Paar 2.- bis
2.- Mtt. Kermel-
utter Mtt. 55 Pf.
1.20 Mtt. Gendeb-
sch Mtt. 45-60 Pf.
Watte Mtt. 2 Mtt.
Detail und Engros
Rerold Lippert
Hennrichstraße 16
Biffole Oberstr. 17

Waldenburg
**Ämtliche Bekanntmachung
von Weistritz**
Die letzte ärztliche Sprechstunde vor
Weihnachten findet
Dienstag, den 21. Dez. 1926 von 1-2 Uhr
in der
Zuglingsfürsorgestelle in Weistritz statt.
Die letzte Schwesternsprechstunde findet
Mittwoch, den 22. Dez. 1926 v. 10-12 Uhr
statt. Die erste Arztprechstunde ist wieder
Dienstag, den 28. Dez. 1926 von 1-3 Uhr
nachmittags am Freitag, dem 31. Dez. 1926
die Kleinkinderfürsorge noch einmal aus.
Weistritz, den 18. Dezember 1926
Der Gemeindevorsteher
Herwig

**Ämtliche Bekanntmachung
von Weistritz**
Sitzung der Gemeindevorsteher Weistritz
Dienstag, den 21. Dezember 1926
nachm. 4 Uhr im Jugendheim (Bürgerheim)
Tagesordnung hängt im Amtsgebäude-
haus aus.
Weistritz, den 17. Dezember 1926
Der Gemeindevorsteher
Herwig

Genossen
kauft nur bei
unseren Inserenten!

**Was ist das beste
Weihnachts-
Geschenk
für Herren?**
*
Zigarren und Zigaretten
in Weihnachtspackungen,
auch eine neue Tabak-
pfeife mit gutem Tabak.
*
Beste Bezugsquelle
und reichste Auswahl bei
Gebr. Risse
Dresden / Hauptbahnhof
Filiale in Görlitz, Berliner Str. 56

**Waldschlöfchen-
Bier**
Zum Feste empfiehlt
Kolonialwaren
Spezialität Täglich frisch gebrannte
Kaffee's
in verschied. Preislagen aus eigener
Rösterei
OTTO SCHULZ, GÖRLITZ
Krischelsstraße 12
Für
Wiederverkäufer
empfiehlt billigst
Kalender
Christbaumschmuck
Wunderkerzen
Wilderblücher
Briefpapier
Nusskistchen
Weihnachts- und
Neujahrskarten
und sämtl. Papier-
und Schreibwaren
Neue
Postkartenquelle
Görlitz
Liebermannstr. 80

ZUM FESTE
empfehle
**Zigaretten
und Tabakwaren**
auch in Geschenkpackungen
Größe Auswahl - Billigste Preise
Otto Kus, Görlitz
Neißstraße 4 - Judenstraße 2

Auf Teilzahlung!
Garderobe
für Herren, Damen und Kinder,
Manufaktur- und Launvollwaren,
Möbel- und Postlewaren.
J. Bruck, Görlitz
Hospitalstraße 8, pari.

**Zigaretten
Tabak**
nur beste Qualität
in jeder Preislage
G. Wilde
Görlitz, Obermarkt 33

Gratis!
**Wegen Umbau
und Vergrößerung
großer Räumungs-Verkauf**
zu sensationell billigen Preisen!
Paletots mit Samtkragen 2450
55,00 42,00, 30,00
Schweden-Mäntel 2400
34,00 28,00
Rockpaletots 3500
51,00, 45,00
Herren-Anzüge in halt-
baren Qualit. 58.-, 48.-, 39.-, 30.- 1850
Joppen warm gefüttert
19,00, 14,00, 12,00 950
Stoffhosen von 350 an
Beim Einkauf von 40 Mk. an bis zum Fest eine
Schwarzwälder Wanduhr als Geschenk!
Eugen Hamburger
Ecke
Springerstraße
Feichstraße 31
3 Minuten vom
Hauptbahnhof
Gratis!



Gebr. Adler Likör-Fabrik **Jamalka-Rum-** **3.-**
Breslau Verschnitt
Feinster
das
ganze
Liter
lose
vom Fab
Mk.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt (außer dem örtlichen und obersteilischen Teil) Wilhelm Wiewald, Breslau. Für den obersteilischen Teil: Arthur Müller, Breslau. - Druck: „Vögel“-Verlag, Berlin, Filiale Breslau.